

Wirtschaftliche Entwicklung

Viel Hoffnung im Osten

Wirtschaftliche Entwicklung

Viel Hoffnung im Osten

Die ostdeutschen Bundesländer kämpfen seit Jahren gegen das Vorurteil, wirtschaftlich hinterherzuhinken. Tatsächlich aber liegen hier einige Regionen, die in den vergangenen Jahren stark aufgeholt haben, zeigt eine neue Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Die Folgen der Corona-Krise könnten diesen Trend sogar verstärken.

Die Region Havelland-Fläming im Westen Brandenburgs hat sich zum Vorbild gemauert: Die Arbeitslosigkeit ist deutlich geringer als noch vor einigen Jahren, die Kaufkraft höher, die Bewohner im Schnitt jünger. Internetverbindungen laufen schneller und Einwohner sowie Kommunen sind geringer verschuldet. Damit punktet die Region im bundesweiten Vergleich der neuen IW-Studie am meisten. Darauf folgen die Regionen Prignitz-Oberhavel im Nordwesten Brandenburgs, Westsachsen mit Leipzig sowie Mittelthüringen. Diese sogenannten Aufsteigerregionen sind Hoffnungsträger, denn ausgehend von sehr niedrigen Startpositionen haben sie sich in den letzten Jahren besonders stark verbessert.

■ Pauschale Abwertungen widerlegt

Ostdeutschland ist bei diesen Aufsteigerregionen überrepräsentiert. Im 30. Jahr nach der Wiedervereinigung zeigen sich damit deutliche Aufholprozesse. Und es spricht viel dafür, dass diese Aufholprozesse trotz der gegenwärtigen Wirtschaftskrise Bestand haben werden. „Das ist für uns ein sehr wichtiges und erfreuliches Zeichen“, sagt IW-Studienautor Michael Voigtländer. „Pauschale Aussagen über zurückgebliebene neue Bundesländer sind damit eindeutig widerlegt.“

Insgesamt zeigen viele Regionen in Ostdeutschland eine sehr gute Entwicklung, insbesondere in Bezug auf die Ar-

> Hintergrund

Die regionale Entwicklung in Deutschland ist nicht einheitlich, sondern eher divers, hält das IW fest. Zwar gebe es anders als in einigen anderen Ländern keine Regionen, die eine besonders problematische Entwicklung nehmen, aber nichtsdestotrotz habe man im Jahr 2019 insgesamt 19 Regionen identifiziert, bei denen Handlungsbedarf besteht. Auch andere Studien kämen zu dem Schluss, dass es Handlungsregionen in Deutschland gibt. Wenig beachtet würden in Studien zur regionalen Entwicklung aber Regionen, deren Entwicklung besonders positiv ist. Solche Aufsteigerregionen in Deutschland stünden daher im Fokus dieses Beitrags. Aufsteigerregionen seien solche Regionen, die ausgehend von einem unterdurchschnittlichen Ausgangsniveau eine besonders positive Entwicklung genommen haben und sich damit an sehr erfolgreiche Regionen annähern. Damit seien Aufsteigerregionen das positive Analogon zu den Handlungsregionen. Die Studie unterscheide sich auch von den typischen Städterankings, bei denen zum Beispiel nach den innovativsten oder produktivsten Landesteilen gesucht wird. Durch die ausdrücklich regionale Perspektive mit Städten und ihrem funktionalen Umland könnten auch scheinbar unbedeutende und ländlich geprägte Landesteile in den Fokus rücken, deren vorteilhafte Entwicklung allzu leicht in der politischen Diskussion übersehen wird. Die Identifikation solcher „hidden champions“ der regionalen Entwicklung könne hilfreich sein, um Best-Practice-Ansätze für andere Regionen abzuleiten.

beitsmarktentwicklung. Allerdings gibt es auf der anderen Seite auch ostdeutsche Regionen, die als Handlungsregionen identifiziert werden. Die Entwicklung in Ostdeutschland differenziert sich damit immer weiter aus, wobei aber die zunehmend stärker werdenden Wirtschaftszentren langfristig auch weiter entfernte Umlandregionen mitziehen könnten.

■ Aufsteiger leiden weniger unter Corona

Auch die Corona-Krise dürfte an der insgesamt positiven Entwicklung nichts ändern, mehr noch: Sie unterstützt sie sogar. Denn die Studienautoren haben sich im zweiten Schritt angeschaut, in welchen Regionen anteilig besonders viele Menschen in Berufen arbeiten, die jetzt von der Krise

stark betroffen sind – also beispielsweise in der Gastronomie oder in der Automobilindustrie. Das Ergebnis: Besonders süddeutsche Regionen leiden stark unter den Folgen der Pandemie, in den Aufsteigerregionen sind die gefährdeten Wirtschaftszweige unterrepräsentiert. „Damit können diese Regionen ihren Aufholkurs fortsetzen“, sagt IW-Regionalexperte Christian Oberst. ■

> Info

Für die Studie „Aufsteigerregionen in Deutschland – Go East!“ wurden Arbeitslosenquote, Kaufkraft, Durchschnittsalter, Breitbandausbau, Bevölkerungsdichte sowie private und kommunale Verschuldung in 96 deutschen Raumordnungsregionen und 401 Kreisen untersucht.



Die UNVERZICHTBAREN

„Haushalt? Da helfe ich gerne!“

Matthias Bücker
Kämmerer

Weitere **150 Berufsprofile** im Öffentlichen Dienst und **Matthias** im **Video-Interview** auf: www.die-unverzichtbaren.de



dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger
(leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:

Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt

Sachsen: Michael Jung

Sachsen-Anhalt: Silke Grothe

Thüringen: Doreen Löser

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: colourbox.de

Verlag: DBB Verlag GmbH,
Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.

Telefon: 030.7261917-0.

Telefax: 030.7261917-40.

Internet: www.dbbverlag.de.

E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: DBB Verlag GmbH,
Mediacenter, Dechenstraße 15 a,
40878 Ratingen.

Telefon: 02102.74023-0.

Telefax: 02102.74023-99.

E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:

Petra Opitz-Hannen,

Telefon: 02102.74023-715.

Anzeigenverkauf:

Christiane Polk,

Telefon: 02102.74023-714.

Anzeigendisposition:

Britta Urbanski,

Telefon: 02102.74023-712,

Preisliste 23, gültig ab 1.10.2019

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG

DruckMedien,

Marktweg 42–50, 47608 Geldern

Klares Bekenntnis der Landesregierung zu Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Knecht: Schreiben aus der Staatskanzlei motiviert enorm

Der dbb m-v hatte Ende April gegenüber Ministerpräsidentin Manuela Schwesig angeregt, den Bediensteten des öffentlichen Dienstes und der privatisierten Dienstleistungsbereiche neben Dank und Anerkennung für ihre in der Krisenzeit geleistete zuverlässige Arbeit auch nach der Krise weitere Wertschätzung entgegenzubringen und sie nicht – wie aus anderen Ländern bereits verlautbart wird – für die durch die Pandemie verursachten Kosten aufkommen zu lassen.

Ebenso wichtig sei es, dass auch nach der Krisenbewältigung der öffentliche Dienst zur qualifizierten Nachwuchsgewinnung interessant für junge Menschen bleiben muss, hieß es in dem Schreiben. „Die Kolleginnen und Kollegen – egal ob vor Ort im Einsatz, mobil oder im Homeoffice – haben mit viel Engagement und Enthusiasmus oft über die Belastungsgrenze hinaus an der Bewältigung der Corona-Krise gearbeitet und somit verlässlich dafür gesorgt, dass nicht nur der Staat, sondern auch das Gemeingefüge unseres Landes funktioniert“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht.

Die vor wenigen Tagen aus der Staatskanzlei eingegangene Antwort bestätigt „zu Recht den großen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst an den unterschiedlichsten Stellen nicht nur in den aktuellen Zeiten der Bewältigung der Coronakrise. Es steht für uns außer Frage, dass ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst attraktive Arbeitsbedingungen voraussetzt, um gute Fachkräfte gewinnen und binden zu können.“

Weiter heißt es in dem Schreiben: „Wir können Ihnen versichern, dass die Landesregierung die in der Kabinetsitzung am 7. Mai 2019 beschlossenen Maßnahmen zur Erhaltung der Zukunftsfähigkeit der Landesverwaltung

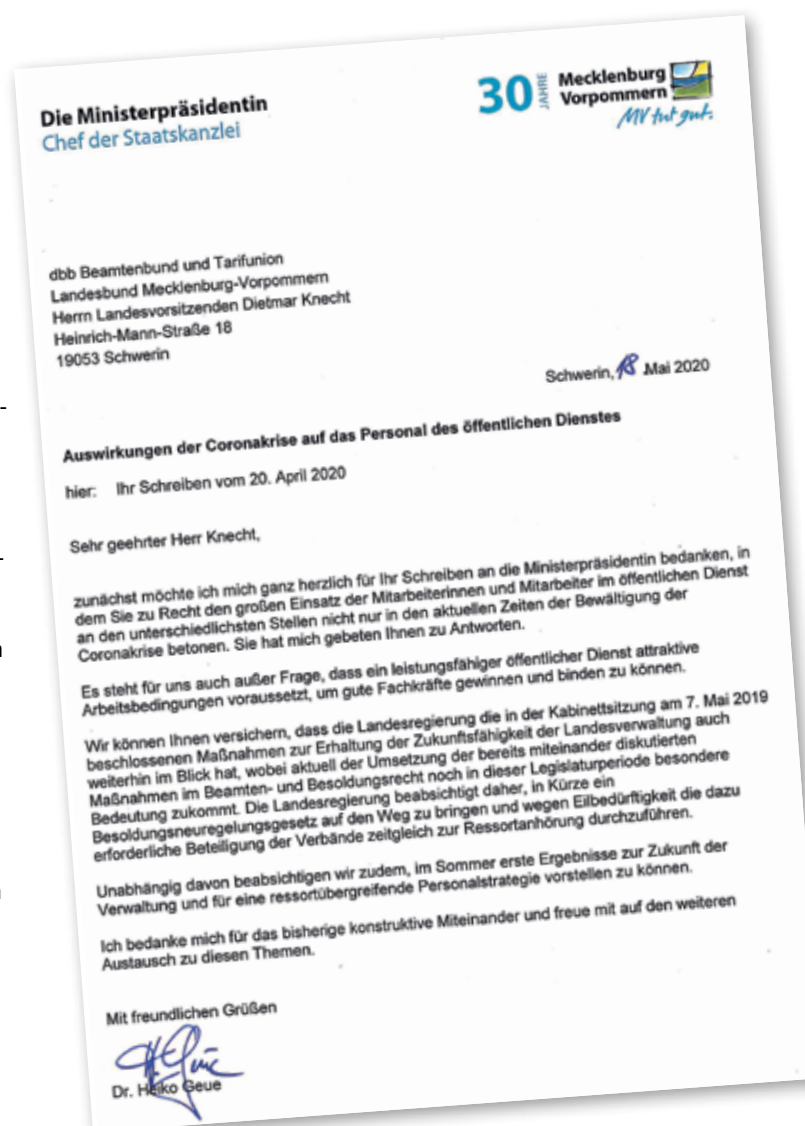
auch weiterhin im Blick hat, wobei aktuell der Umsetzung der bereits miteinander diskutierten Maßnahmen im Beamten- und Besoldungsrecht noch in dieser Legislaturperiode besondere Bedeutung zukommt.“ Die Landesregierung von Ministerpräsidentin Manuela Schwesig beabsichtige daher, in Kürze ein Besoldungsneuregelungsgesetz auf den Weg zu bringen, hieß es dazu aus der Staatskanzlei. Unabhängig davon beabsichtige man zudem, im Sommer erste Ergebnisse zur Zukunft der Verwaltung und für eine ressortübergreifende Personalstrategie vorstellen zu können.

Dazu der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht: „Ich bin mir sicher, dass diese Botschaften in den Amtsstuben für ein Aufatmen und weitere enorme Motivation zur Krisenbewältigung sorgen werden.“ Die Aussagen deckten sich auch mit der von Finanzminister Reinhard Meyer geäußerten Anerkennung der außerordentlichen Leistungen der Beschäftigten in den Finanzbehörden, die die zusätzlichen Arbeiten durch die Steuererleichterungen während der Corona-Krise neben dem „Tageschäft“ zu meistern gehabt hätten.

Der dbb m-v freue sich auf das weitere ebenfalls im Schreiben geäußerte konstruktive Miteinander, so Knecht, und den weiteren Austausch im Sinne

aller Beschäftigten – egal ob verbeamtet oder tarifbeschäftigt. Der dbb Landeschef betonte mit Blick auf die zukünftige Arbeit jedoch auch: „Aufzuarbeiten werden auch künftige Entscheidungsstrukturen sein, denn mitunter sind gute und nachvollziehbare Erlasse und Verordnungen der Staatssekretärs- beziehungsweise AL-1-Runde in nachge-

ordneten Einrichtungen verschleppt beziehungsweise sinnentstellt wiedergegeben worden. Wichtig ist bei der Aufarbeitung auch, Statusgruppen nicht zu differenzieren und alle diejenigen, die arbeiten wollen, es aber beispielsweise wegen fehlender Digitalisierung nicht konnten, nicht zu benachteiligen.“



Schweriner Finanzminister im Gespräch mit DSTG-Spitze

„Beschäftigte in den Finanzbehörden sind stille Helden des Alltags“

Wertschätzung für die Beschäftigten in der Finanzverwaltung, die anstehende Grundsteuerreform sowie die Besteuerung der „Soforthilfen“ im Rahmen der Corona-Hilfsmaßnahmen waren die zentralen Themen bei einem Gespräch des Bundesvorsitzenden der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Thomas Eigenthaler, mit dem Finanzminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Reinhard Meyer (SPD), am 18. Mai 2020 in Schwerin.



© dbb m-v

Nach Einschätzung der DSTG ist infolgedessen eher mit der Übernahme des Bundesmodells und der dazu zentral durch Bayern entwickelten Software zu rechnen. Die DSTG-Vertreter wiesen auf den zusätzlichen Personalbedarf hin, den die Reform auslöse, zumal die zeitlichen Vorgaben sehr eng seien.

Steuerliche Behandlung von Soforthilfen

Thema war auch die steuerliche Behandlung der Soforthilfen. Einigkeit bestand zunächst darüber, dass es der Finanzverwaltung generell – und so auch in Mecklenburg-Vorpommern – an Ressourcen fehle, um die ausgezahlten Soforthilfen auf ihre Richtigkeit hin zu evaluieren. „Wir sind für die Besteuerung zuständig, aber nicht für eine etwaige Rückforderung von Zuschüssen“, bilanzierten Eigenthaler und Höhne. Die Zahlung und eventuelle Rückzahlungen müssten deshalb klar von der Besteuerung der Zuschüsse getrennt werden. Man könne im Einzelfall Amtshilfe leisten, aber nicht alle Zuschussakten ein zweites Mal auf Fehler hin durchforsten.

Einigkeit bestand bei den Gesprächspartnern, dass es alsbald zu einem „Kontrollmitteilungsverfahren“ kommen müsse – und zwar auf digitaler Basis. „Mit Hunderttausenden von Papierzetteln unterschiedlichster Formate können wir

Während seines Besuchs in der Landeshauptstadt Mecklenburg-Vorpommerns, dessen Hauptgrund das Ministergespräch mit Reinhard Meyer war, ließ es sich DSTG-Chef Thomas Eigenthaler in Begleitung des DSTG-Landesvorsitzenden und dbb m-v Vize Frank Höhne nicht nehmen, noch ein Abstecher in die dbb Landesgeschäftsstelle zu machen. Gemeinsam mit dbb Landesvorsitzendem Dietmar Knecht konnten sowohl das Gespräch mit Finanzminister Meyer ausgewertet als auch die Initiativen des dbb m-v für weitere Attraktivitäts- und Motivationssteigerungen in Richtung Landespolitik gerade in der aktuellen Zeit besprochen werden. Schnell war man sich einig, dass gerade in Krisenzeiten ein gut personell aufgestellter und motivierter öffentlicher Dienst jeder Bürgerin und jedem Bürger zugutekommt. Es zeige sich, dass in den vergangenen Jahrzehnten an der falschen Stelle gespart wurde. Nun sei offensichtlich, dass man den öffentlichen Dienst nicht auf Kante nähen könne. „Mit Blick auf die Absichten der Landespolitik Mecklenburg-Vorpommerns scheint hier gerade ein Transformationsprozess in die richtige Richtung in Gang zu kommen“, so Knecht.

Begleitet wurde der Bundesvorsitzende von Frank Höhne, dem Chef des DSTG-Landesverbandes. Aus dem Ministerium nahm außerdem die Leiterin der Steuerabteilung, Anke Niedergesäß, an dem Treffen teil.

Eigenthaler und Höhne würdigten gleich zu Beginn des Gesprächs, dass der Minister kurz zuvor in der Schweriner Volkszeitung Dank und Anerkennung gegenüber seinen Beschäftigten ausgesprochen habe. Der Minister hatte im Interview betont, dass die steuerlichen Hilfsmaßnahmen neben dem „Alltagsgeschäft“ hätten bewältigt werden müs-

sen, und kam zu dem Schluss: „Für mich gehören daher auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Finanzämtern zu den stillen Helden des Alltags, die den Laden am Laufen halten.“

Der Minister gelange damit – so Eigenthaler und Höhne – zu der gleichen Einschätzung wie die DSTG; sie empfahlen, auf diesem Weg bekundeter Wertschätzung fortzufahren. „Ein Berufsstand, dem der Wind fast immer kalt ins Gesicht pfeift, braucht die motivierende Unterstützung des zuständigen Fachministers“, erklärte DSTG-Chef Eigenthaler. „Daher danken wir dem Minister aus-

drücklich“, so Eigenthaler und Höhne.

Diskussion über die Reform der Grundsteuer

Breiten Raum nahm bei dem Treffen die Grundsteuerreform-Diskussion ein. Hierzu wurden das Bundesmodell und die aktuell diskutierten Ländermodelle eingehend besprochen und bewertet. Minister Meyer wies darauf hin, dass man sich noch nicht endgültig für ein bestimmtes Modell entschieden habe, jedoch lasse der begrenzte finanzielle Spielraum des Landes die Entwicklung eines eigenen Modells vermutlich nicht zu.

nicht mehr arbeiten“, sagte Eigenthaler und wies auf den hohen Grad der Digitalisierung in der Steuerverwaltung hin.

Unstrittig war in der Diskussion, dass die betroffenen Unternehmer und ihre Berater jedenfalls einer glasklaren Steuererklärungspflicht unterlägen. „Wer die Angaben vorsätzlich unterschlägt, begeht Steuerhinterziehung“, warnte Eigenthaler schon im Vorfeld mögliche Trickser.

■ Zehn Millionen Fälle mit Progressionsvorbehalt

Angesprochen wurde auch das Thema „Progressionsvorbehalt“ im Zusammenhang mit dem steuerfreien Kurzarbeiter-



➤ Finanzminister Reinhard Meyer, Abteilungsleiterin Steuern Anke Niedergesäß, Frank Höhne (Landesvorsitzender DSTG M-V) und Thomas Eigenthaler (Bundesvorsitzender DSTG) (von links)

geld. „Wir haben aktuelle zehn Millionen Kurzarbeiterfälle in Deutschland. Das sind potenziell zehn Millionen Fälle mit Progressionsvorbehalt und einer Steuererklärungspflicht“, bilanzierte Eigenthaler. Dies werde zu einem Riesenaufwand in den Finanzämtern und zu er-

heblicher Kritik unter den betroffenen Beziehern von Kurzarbeitergeld führen, befürchtete Eigenthaler und Höhne. Dies gelte umso mehr, als einem steuerlichen Laien die Wirkweise des Progressionsvorbehaltes kaum zu erklären sei.

„Dieser Punkt bringt millionenfachen Ärger“, warnten die DSTG-Vertreter. Sie schlugen vor, den Progressionsvorbehalt für Kurzarbeitergeld im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie für das Steuerjahr 2020 auszusetzen und von vornherein auf eine Modifizierung des Steuersatzes zu verzichten. Der Minister und die Abteilungsleiterin sagten eine Prüfung dieses Vorschlages zu.

➤ Austausch wird weiter intensiviert

Das Gespräch fand in einem sehr guten Klima statt und wird Anfang Juni zwischen dem Minister und dem Landesvorsitzenden weiter intensiviert. ■

Neue Wege in der Gewerkschaftsarbeit

6 vhw m-v: Online-Vertreterversammlung

Die Corona-Krise bestimmt seit einigen Wochen das persönliche, gesellschaftliche und auch gewerkschaftliche Leben. Viele zum Teil seit Langem geplante und vorbereitete Veranstaltungen mussten abgesagt oder auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden. Der Verband Hochschule und Wissenschaft (vhw m-v) erprobt daher neue Methoden der Zusammenarbeit.

Die aktuelle Situation bietet nämlich auch die Chance, neue Kommunikationswege auszuprobieren, und der Gesetzgeber hat beispielsweise mit kurzfristigen Änderungen im Vereinsrecht dafür die rechtlichen Grundlagen geschaffen. Auch die regelmäßigen Zusammenkünfte von Personal- und Betriebsräten wurden häufig auf die digitale Ebene verlegt.

Die gewerkschaftliche Arbeit auch in dieser Zeit so gut wie möglich weiterzuführen und den Kontakt zu den Mitgliedern zu halten, hat sich auch der Landesvorsitzende des Verbands Hochschule und Wissenschaft (vhw m-v), Professor

Manfred Krüger, zum Ziel gesetzt. Die an den Hochschulen und Universitäten des Landes tätigen Lehrkräfte sind von den von der Landesregierung verordneten Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie ebenso betroffen wie die Studentinnen und Studenten. Die Präsenzlehre wurde ausgesetzt, der normale Studienbetrieb ruht und alternative Formen der Wissensvermittlung und -aneignung werden zu großen Teilen genutzt.

Die Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Bettina Martin, wandte sich unter anderem mit Schreiben sowohl an die Studierenden

als auch an die an den Hochschulen Tätigen. Sie betont darin, dass sie die Situation sehr ernst nehme und zur Bewältigung der Herausforderungen mit den jeweiligen Krisenstäben zusammenarbeite. Darüber hinaus lobte sie die zunehmende Umsetzung digitaler Alternativen an den Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen.

Als der Landesvorstand des vhw m-v am Jahresanfang seine Vertreterversammlung 2020 plante, war nicht abzusehen, dass alles anders kommen sollte. Es war vorgesehen, die Versammlung am 13. Mai 2020 an der Hochschule Stralsund durchzuführen. Die Vorberei-

tungen dafür waren bereits angelaufen, als Mitte März die Corona-Pandemie den Hochschulverband vor ungeahnte Herausforderungen stellte: Wie sollte die in der Satzung geforderte Vertreterversammlung nun stattfinden? Auch Landesvorstandssitzungen waren plötzlich aufgrund der notwendigen Schutzvorkehrungen nicht mehr in der gewohnten Form möglich.

Da Versammlungen wegen der Ansteckungsgefahr untersagt wurden, hatte sich auch der Landesvorstand des vhw m-v zur Kommunikation über elektronische Kanäle entschlossen und Ende März seine erste Online-Landesvorstandssitzung abgehalten. Die Frage, ob und wie die in der Satzung vorgeschriebene Vertreterversammlung organisiert und durchgeführt werden kann, war ein zentrales Thema dieser Vorstandssitzung. Um formale Bedenken auszuräumen,

holte sich der vhw Landesvorsitzende Prof. Dr. Manfred Krüger über den dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht rechtliche Beratung. Fazit: Der Online-Vertreterversammlung stand somit nichts im Wege. Die Mitglieder wurden per E-Mail rechtzeitig über organisatorische und technische Details informiert und konnten in einem transparenten Verfahren ihre jeweiligen Voten online abgeben.

Vonseiten der Mitgliedschaft gab es keine Einwände gegen die vorgeschlagene und vom Landesvorstand beschlossene Verfahrensweise, sodass die Online-Vertreterversammlung am 13. Mai in der Zeit von 9 bis 20 Uhr per E-Mail und Abstimmungsportal stattfinden konnte. Zu allen Tagesordnungspunkten gab der Landesvorsitzende entsprechende Informationen. Der Bericht der Landesleitung, der Bericht der

Schatzmeisterin, der Haushaltsvoranschlag 2020 und der Bericht der Kassenprüferinnen lagen bereits vor und wurden den Mitgliedern vor Beginn der Sitzung als PDF-Dokumente per E-Mail gesandt. Da keine weiteren Anträge an die Vertreterversammlung gestellt wurden, mussten die Teilnehmenden nur über die Entlastung des Vorstands entscheiden. Die Vertreterversammlung entlastete den Landesvorstand einstimmig.

Es gab spontane Kommentare im Abstimmungsportal, die die Arbeit des Landesvorstands individuell lobten. Insgesamt kann der Verband trotz der durch die Pandemie notwendigen Randbedingungen auf eine recht erfolgreiche Sitzung zurückblicken. Der Landesvorstand bedankt sich bei allen, die dazu beigetragen haben.

BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft

Personalratswahl: erneut solide Mehrheit beim Hauptzollamt Stralsund

Der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft im dbb hat die Personalratswahl beim Hauptzollamt Stralsund erneut mit einer soliden Mehrheit von 55,45 Prozent in der Beamtinnen-/Beamtengruppe gewonnen.

Bei der Wahl zum gegenüber 2016 aufgrund von Personalabgängen verkleinerten Personalrat bei dem Hauptzollamt Stralsund entfielen in der Beamtinnen- und Beamtengruppe sechs Sitze auf den BDZ, drei auf die GdP und einer auf die Freie Liste. Der einzige verbliebene Sitz in der Gruppe der Tarifbeschäftigten geht an die Freie Liste.

Damit wird der BDZ aller Voraussicht nach mit Jan Teuner erneut den Personalratsvorsitz

enden stellen und das BDZ-Team kann die erfolgreiche Arbeit der vergangenen Jahre fortsetzen. Als Mitglied der Jugend- und Auszubildendenvertretung beim HZA Stralsund wurde Nico Jonas einstimmig gewählt.

Trotz der durch Corona bedingten Einschränkungen und einer von Amts wegen für alle angeordneten Briefwahl hat sich die Wahlbeteiligung bei den HPR-/BPR-Wahlen um knapp sieben Prozent erhöht (vor vier Jahren

fanden die öPR-Wahlen gesondert statt). Dies spricht für das entgegen aller widrigen Umstände große Interesse der Kolleginnen und Kollegen an diesem wichtigen Wahlgang.

Der Vorsitzende des BDZ-Ortsverbands Stralsund, Axel Böhnig, dankte allen Kandidatinnen und Kandidaten für ihre Bereitschaft zur Mitarbeit und ebenso dem gesamten BDZ-Team für den unter widrigen Bedingungen engagiert geführten Wahlkampf. Gleicher-

maßen hob er die Mitglieder der beiden Wahlvorstände hervor, die trotz der pandemiebedingten Einschränkungen für einen unkomplizierten Ablauf der Wahlen und der Auszählung gesorgt haben. Wörtlich sagte Böhnig: „Unser besonderer Dank gilt natürlich den Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrer differenzierten Wahlentscheidung dem BDZ hier in Stralsund erneut ihr Vertrauen ausgesprochen haben. Wir werden alles dafür tun, dieses weiterhin zu rechtfertigen und für die Interessen der Zöllnerinnen und Zöllner in Mecklenburg-Vorpommern kämpfen.“

Der SBB stellt sich vor

Die Kommission Beamtenrecht

Der SBB wird als gewerkschaftliche Spitzenorganisation bei der Vorbereitung von Regelungen der beamtenrechtlichen Verhältnisse beteiligt.

Das ist so im Beamtenstatusgesetz und im Sächsischen Beamtenengesetz geregelt. Der SBB wird also zu Gesetzen und Verordnungen, die Beamte betreffen, angehört. Der SBB gibt dann wiederum seinen Mitglieds-gewerkschaften Gelegenheit, zu den Vorhaben Stellung zu nehmen. Manche Gewerkschaften fordern ihre Mitglieder auch selbst auf, sich zu äußern.

Die eingehenden Stellungnahmen werden durch die Kommission Beamtenrecht im SBB zusammengefasst und dem Verfasser der geplanten Regelung zugeleitet. Bei unterschiedlichen Auffassungen oder Unklarheiten zu den zukünftigen Regelungen, werden diese mit dem Verfasser diskutiert. In manchen Fällen werden Vertreter des SBB auch zu Anhörungen in den Landtag geladen. Als Fachleute stehen sie hier den Abgeordneten Rede und Antwort.

All dies erfordert umfangreiche Arbeiten, vor allem hinter den Kulissen. Die Kommission Beamtenrecht ist eine auf Dauer eingerichtete Grundsatzkommission beim SBB. Ihr gehören sieben Kolleginnen und Kollegen aus ganz verschiedenen Fachgewerkschaften unter

dem Dach des SBB an. Geleitet wird die Kommission von Karen Siwonia, die gleichzeitig eine der stellvertretenden Landesvorsitzenden des SBB ist. Diese Struktur ist in der Satzung des SBB so verankert.

Neben der Befassung mit Stellungnahmen zu beamtenrechtlichen Regelungen trifft sich die Kommission Beamtenrecht regelmäßig zu Sitzungen. Hier werden allgemein interessante Themen für Beamtinnen und Beamte aufgegriffen. Da geht es aktuell beispielsweise um Beihilfe und das sogenannte „Hamburger Modell“ (gemeint ist ein Zuschuss des Dienstherrn zu den Beiträgen freiwillig in der gesetzlichen Krankenversicherung versicherter Beamter). Aber auch mit der Bearbeitung der Anträge zu beamtenrechtlichen Themen des letzten Gewerkschaftstages des SBB ist die Kommission beschäftigt. Eine Forderung war zuletzt beispielsweise die Anpassung der „Kind-krank-Tage“ an das Niveau der gesetzlichen Krankenversicherung. Dies wurde 2019 umgesetzt.

Gern beantworten die Kommissionsmitglieder auch ganz konkrete Einzelfragen von Mitgliedern der Fachgewerkschaften



> Karen Siwonia ist nicht nur Vorsitzende der Kommission Beamtenrecht und stellvertretende Landesvorsitzende des SBB, sie vertritt den Sächsischen Landesbund auch im Landespersonalausschuss.

ten des SBB. Außerdem werden Informationen zu besonders interessierenden Themen zur Verfügung gestellt. Meist handelt es sich dabei um Handlungsempfehlungen im Zusammenhang mit laufenden Gerichtsverfahren. So erhielten Ende 2019 beispielsweise alle begrenzt dienstfähigen Beamten eine Nachzahlung ihrer Bezüge, wenn sie Widerspruch gegen ihre Besoldung aufgrund vermuteter Verfassungswidrigkeit eingelegt hatten. Die Einlegung des Widerspruchs hatte die Kommission

Beamtenrecht den Mitgliedern der SBB-Gewerkschaften empfohlen und sie mit der Zurverfügungstellung von Muster-schreiben unterstützt.

Kontaktieren können Sie die Kommission Beamtenrecht am einfachsten per E-Mail an GK-Beamtenrecht@sbb.dbb.de.

*Karen Siwonia,
stellvertretende Landes-
vorsitzende und Vorsitzende der
Grundsatzkommission
Beamtenrecht im SBB*



Gewerkschaftsarbeit während der Pandemie

Was ändert sich durch Corona in der SBB-Geschäftsstelle?

Alle Beschäftigten belastet derzeit die außergewöhnliche Situation: Social Distancing, Hygieneschutzmaßnahmen und Mund-Nasen-Schutzmasken prägen bundesweit das Alltagsbild in diesem Frühjahr. Auch wir in der Geschäftsstelle des SBB stellen uns der Herausforderung Corona und haben in den vergangenen Wochen einiges dazugelernt.

Natürlich läuft „hinter den Kulissen“ vieles wie gewohnt weiter: Gleichwohl keine Rechtsberatungen in der Geschäftsstelle stattfinden, werden Rechtsschutzanträge bearbeitet, Stellungnahmen abgegeben und ehrenamtliche Richter vorgeschlagen. Der monatliche Kassenabschluss kann nicht warten und auch die Post geht weiterhin ein.

Und natürlich ist der Besucherverkehr in der Geschäftsstelle stark eingeschränkt, auch unser Beratungsraum wird derzeit nicht genutzt. Große Veranstaltungen, die im SBB-Jahr

fester Bestandteil sind, können nicht in gewohnter Art und Weise stattfinden: Der Tag der Sachsen wurde abgesagt, das schulpolitische Forum wurde nicht geplant und zu unserem Parlamentarischen Abend werden wir ebenso nicht einladen. Auch der regelmäßige Austausch mit unseren Ehrenmitgliedern, der für uns wertvoll ist, kann nun nicht stattfinden.

Daher galt es nun, Alternativen zu finden und kreativ zu sein. Aktuell feilen wir an der Vorbereitung von Veranstaltungen, die im Rahmen der sächsischen Bestimmungen hoffentlich

bald stattfinden können. Um ein angemessenes Hygienekonzept erstellen zu können, haben wir uns an die dbb akademie gewandt. Ein Webinar zu diesem Thema wird bald stattfinden.

Außerdem legen wir den Fokus nun mehr auf unseren Social-Media-Auftritt und den Newsletter, bearbeiten notfalls die Post auch mal per Videotelefonie mit der Vorsitzenden und ersetzen die fehlenden direkten Kontakte durch Telefonate.

Im Juni findet nun die erste Vorstandssitzung mit mehr als

30 Teilnehmern per Videokonferenz-Tool statt. Einige Tage zuvor wird in Kooperation mit dem dbb vorsorgewerk ein Testlauf stattfinden, in dem jeder die technischen Möglichkeiten kennenlernen kann. Gleichzeitig informiert das dbb vorsorgewerk über den aktuellen Stand der Zusammenarbeit mit dem SBB. All das wird von uns vorbereitet und begleitet werden. Ehrlicherweise ist es auch eine Premiere für uns, ein Protokoll während einer Videokonferenz zu erstellen.

Wir bleiben gespannt, welche Herausforderungen die kommenden Wochen und Monate mit sich bringen und inwiefern sich die Arbeit in der Geschäftsstelle (vielleicht sogar dauerhaft) verändern wird.

*Kathrin Göpel,
SBB-Geschäftsstelle*

Der SBB stellt sich vor

Die Arbeit der Fachkommission Bildung

Nach dem Gewerkschaftstag 2018 beschloss der SBB, zur Unterstützung der politischen Arbeit eine Ständige Kommission zu bilden, die sich inhaltlich dem Schwerpunkt Bildung zuwendet. Als Fachkommission Bildung im SBB nahmen Vertreter von acht Gewerkschaften und Verbänden die Aufgabe an und ihre Arbeit auf.

Dabei richten sich die Inhalte zuallererst nach den während des Gewerkschaftstages angenommenen Anträgen, beispielsweise die Einführung einer bezahlten Bildungsfreistellung für Arbeitnehmer und Beamte oder die Ausbildung im öffentlichen Dienst. Bei dem Ziel des SBB, bildungspolitischen Themen gemeinsam mit Verantwortungsträgern aus der Politik zu diskutieren und somit Einfluss auf Gestaltungsprozesse in der Bildungslandschaft Sachsens zu nehmen, leistet die Fachkommission ihren Beitrag. Mit dem schulpolitischen Forum ist ein Format gefunden, welches die inhaltlichen Schwerpunkte der Arbeit der Fachkommission Bildung praktisch und öffentlichkeitswirksam umsetzt. Gemeinsam mit der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag wird diese mittlerweile traditionelle Veranstaltung jährlich organisiert und durchgeführt. In den zurückliegenden Jahren sind Themen wie „Medienbildung und Digitalisierung im schulischen Umfeld“, „Herausforderung Seiteneinsteiger“, „Sachsens Schulgesetz auf dem Prüfstand“ im konstruktivem Meinungsaustausch offen diskutiert worden.

Die mittlerweile 11. Ausgabe des Forums fand im Jahr 2019, zum 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution, in der Gedenkstätte „Bautzener Straße“ in Dresden statt. In der ehemaligen Untersuchungshaftanstalt war das Thema „Neutrale Schule? Politische Bildung zwischen Lehrermeldeportal und Beutelsbacher Konsens“ unter



© Beatrice Hala

> In 2020 setzte das schulpolitische Forum ein Jahr aus. Darum hier ein Foto aus 2019, bei dem die Veranstaltung unter dem Motto „Neutrale Schule? Politische Bildung zwischen Lehrermeldeportal und Beutelsbacher Konsens“ stand.

besonderer Emotionalität vertort.

Die Planungen für das 12. Forum sind bereits inhaltlich abgeschlossen und werden bald zeitlich untersetzt. „Lernen für das Leben: Unterrichtsfächer, die man wirklich braucht“ – unter diesem Blickwinkel werden künftige Herausforderungen zu betrachten sein.

Weiterhin arbeiten die Kolleginnen und Kollegen der Fachkommission Bildung an weiteren bildungspolitischen Themen. Schule, Ausbildung und lebenslanges Lernen – all das sind Gebiete, die nachgefragt und von allen Mitglieds-

gewerkschaften des SBB berührt werden.

Im Dialog rückt die Fachkommission diese Themen in ihr Handlungsspektrum. Fragen, wie Berufspraxis und Digitalisierung in die Bildung integriert werden können, werden in der Fachkommission besprochen. Die Verbindung von Schule und Arbeitswelt macht jetzt schon sichtbar, dass lebenslanges Lernen einen Auftrag an moderne Bildung darstellt. Flexibilität und Dynamik bestimmen einerseits die täglichen Arbeitsprozesse und wirken andererseits fordernd auf das System Schule zurück. Bildungsübergänge, individuelle

Qualifikationswege, berufliche Ein- und Umstiege gestaltbar zu machen, bedeutet, dem Wandel in der Arbeitswelt geeignet zu begegnen.

Die Expertise der Mitglieder der Fachkommission Bildung bereichert und stützt die Qualität der Aussagen. Geknüpft an das Ziel, Veränderungsbedarf zu analysieren, Argumentationsketten zu erstellen und Handlungsempfehlungen abzuleiten, trägt die Fachkommission dazu bei, letztendlich Bildung umfänglich zu verbessern.

*Dirk Baumbach,
Vorsitzender der Fachkommission Bildung*

dbb akademie

Das Webinar – eine Fortbildung, bei der nicht nur der Inhalt neu war

Die aktuell notwendigen Abstandsregeln begleiten uns nicht nur täglich im Büro, beim Einkaufen oder im öffentlichen Nahverkehr. Auch wer aktuell eine Fortbildungsveranstaltung bei der dbb akademie besucht, kann etwas ganz Neues kennenlernen: das Webinar.

Während, zumindest für mich, das Webinar eine neue Erfahrung war, weiß selbst der gute alte Duden schon zu berichten, dass es sich hier um ein „online stattfindendes Seminar oder einen Kurs im Web handelt, bei dem Fragen zu Präsentationen oder Ähnliches live gestellt und beantwortet werden“. Aus der Vielzahl der angebotenen Themen habe ich mich für zwei Webinare rund um das Thema „Homeoffice“ angemeldet – aus aktuellem Anlass, sozusagen. Und da wird es schon das erste Mal interessant, weil ich natürlich am Ort des Geschehens (im Homeoffice) über die Herausforderungen bei eben diesem fortgebildet wurde. Eine spannende Erfahrung! Die techni-

schen Herausforderungen halten sich im Rahmen und sind locker beherrschbar. Ebenso wie während einer althergebrachten Form der Fortbildung verfolgt man eine Präsentation, die, zumindest in meinem Fall, von der Trainerin kurzweilig und fachkundig erläutert wurde. Dass man auch der Referentin dabei in die Augen schauen kann, bringt einem das Thema näher und macht das Ganze erlebbarer.

Ein freundliches Lächeln vom Gegenüber hilft gerade bei einem Webinar, sich trotz der tatsächlichen Entfernung näher zu sein. Die Referentin selbst hat dieses Vergnügen übrigens nicht, sie sah keinen der Teilnehmenden. Das ist

ganz sicher sehr herausfordernd.

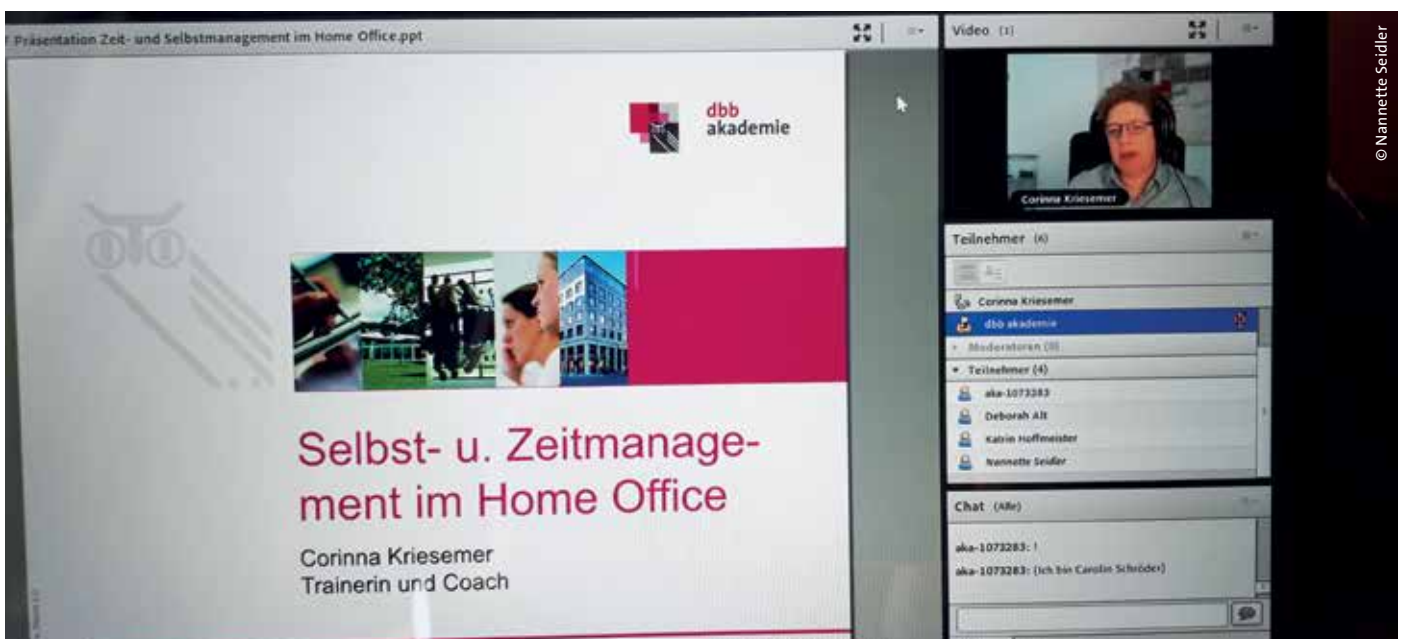
Für mich überraschend kommt auch beim Webinar eine rege Diskussion zustande, wenn gleich man seine Meinungen und Fragen an die Referentin in einen Chat schreibt. Selbst eine Vorstellungsrunde, ein kurzes Feedback zum Ende und gegenseitige Tipps und Hinweise unter den Teilnehmenden funktionieren über den Chat fast genau so gut wie gewohnt. Erstaunlich!

Für alle, die so etwas noch nicht probiert haben: Also ich bin zwischenzeitlich ein echter Fan von Webinaren. Und das nicht nur in Corona-Zeiten. Soweit es das Thema hergibt,

kann man sich in 90 Minuten auf den aktuellen Stand zu den verschiedensten Inhalten bringen lassen. Zur Vereinbarkeit von Privatleben und Beruf muss sicher nichts erklärt werden, das ist einfach unschlagbar. Und wer nicht gerade neben der Akademie in Königswinter oder Berlin wohnt, weiß es unzweifelhaft zu schätzen, dass aktuelle und spannende Seminare so auch ohne lange Fahrwege besucht werden können.

Klar ist, dass ein Webinar nicht zu jedem Thema passt und dass ich mich wirklich schon wieder auf ein „richtiges“ Seminar mit einer spannenden Teilnehmerrunde freue. Aber ein Webinar ist eine wirkliche Alternative. Probiert es unbedingt mal aus!

*Nannette Seidler,
SBB-Landesvorsitzende*



© Nannette Seidler

> Nannette Seidler stellt fest: Webinare sind eine echte Alternative zu klassischen Präsenzseminaren!

Interview

Nach langem Warten: Schulen öffnen wieder

Die Schulen in Sachsen-Anhalt haben nach wochenlanger Schließung ihre Türen wieder geöffnet: Seit dem 23. April 2020 zunächst nur für Abschlussklassen, seit dem 6. Mai 2020 sind alle weiteren Schuljahrgänge tageweise in kleinen Gruppen anwesend. Die schriftlichen Abiturprüfungen starteten am 4. Mai 2020, die Prüfungen für den Realschulabschluss am 11. Mai 2020.

Durch das Kultusministerium wurden in vielen Teilen Rahmenbedingungen vorgegeben, die von den einzelnen Schulen je nach Situation mit Leben erfüllt werden sollen. Das stellt die Schulen vor neue Herausforderungen: Stundenpläne müssen neu geschrieben und Klassen geteilt werden, es muss mehr Aufsichtspersonal geben.

Das dbb regionalmagazin sachsen-anhalt sprach mit Thomas Gaube, der Schulleiter am Giebichenstein-Gymnasium „Thomas Müntzer“ in Halle und gleichzeitig Vorsitzender des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt (PhVSA) und stellvertretender Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt ist.

dbb regionalmagazin: Start mit großen Herausforderungen: Hygienevorschriften, Abstandswahrung und teilweise Tragen eines Mundschutzes. Es wurden durch das Bildungsministerium strenge Regeln vorgegeben, die es galt umzusetzen. Dabei standen und stehen Schulleitungen und jede einzelne Kollegin und jeder einzelne Kollege vor bisher noch ungeahnten Herausforderungen ...

Thomas Gaube: Grundsätzlich war wohl die überwiegende Mehrheit der Lehrer, Eltern und Schüler über die schrittweise Beendigung des Lockdowns froh, auch wenn es dem einen oder anderen etwas zu schnell und zu unkoordiniert ging. Die weitaus größere Herausforderung

als die schrittweise Wiederöffnung der Schulen war für alle Beteiligten die unvorbereitete Phase des Fernunterrichts. Die Voraussetzungen – hier sind nicht nur die technischen zu nennen – sind sowohl bei den Lehrern als auch den Eltern überaus unterschiedlich. Ich denke, viele Elternhäuser standen völlig überfordert vor einer enormen Mehrfachbelastung. Man stelle sich nur eine allein-erziehende Mutter mit zwei oder drei Kindern im Vorschul- und frühen Schulalter vor, die im Homeoffice arbeiten muss. Neben den eigenen beruflichen Verpflichtungen galt es, die Jüngsten in den vier Wänden bei Laune zu halten und häufig einen sicher nicht optimal vorbereiteten Lernprozess im Kinderzimmer zu unterstützen.

Eltern haben dabei erlebt, dass viele Lehrerinnen und Lehrer in der Schule täglich Großes leisten und werden künftig einen differenzierteren Blick auf die vermeintlich „gut bezahlten Halbtagskräfte“ haben. Ferner haben Lehrer und Eltern mit ganzer Härte gespürt, wie schlecht es um die Digitalisierung in Deutschland und im Besonderen in unseren Schulen bestellt ist: Schnelles Internet und moderne PCs sind in Elternhäusern oder Kinderzimmern vorhanden, wo man weiß, dass sie bildungsnah sowie auch finanziell gut aufgestellt sind. Highspeed-Anschlüsse, moderne Computerausstattungen und Multi-



> Thomas Gaube, Schulleiter des Giebichenstein-Gymnasiums „Thomas Müntzer“ in Halle

mediaendgeräte für einen Videounterricht sind mehr Wunschvorstellung als Schulrealität. Laptops oder Tablets für Lehrkräfte auf einer einheitlichen Plattform und mit Datenschutz-Grundverordnungs-konformer Kommunikations- und Unterrichtssoftware: Fehlanzeige.

Die Eltern erlebten, wie unterschiedlich die technischen und pädagogischen Voraussetzungen bei unseren Lehrkräften für diesen Online-Unterricht waren und sind. Hinzu kam, dass wir uns nicht auf die Schulschließungen und den Fernunterricht vorbereiten konnten. Dagegen war die Rückkehr der Abschlussklassen ab dem 23. April 2020 in die Schulen eine unterrichtsorganisatorisch überschaubare Aufgabe.

Gut, die Umsetzung der Hygienevorschriften gestaltete sich

vielerorts aufgrund fehlender Desinfektionsmittel und Masken sowie eines wenig koordinierten Vorgehens von Land und Schulträgern etwas problematisch.

Mit der weiteren Öffnung der Schulen ab 4. Mai 2020 kamen erst die eigentlichen schulorganisatorischen Probleme. Durch notwendige Klassen- oder Lerngruppenteilungen, zwei Prüfungsphasen und einer Vielzahl von Lehrkräften, die selbst zu den Risikogruppen zählen und in der Schule nicht zu Verfügung standen und stehen, zeigte sich, dass alle verfügbaren Lehrkräfte notwendig waren, um wenigstens einem Drittel der Schülerinnen und Schüler ein Unterrichtsangebot in der Schule zu sichern. Für den weitaus größeren Teil galt es, den Fernunterricht aufrechtzuerhalten. Unsere Lehrkräfte standen vor einer enormen Mehrfachbelastung: Vollzeitunterricht in Halb- oder Drittgruppen in der Schule, Absicherung der Abschlussprüfungen und deren Korrekturen sowie nahezu uneingeschränkte Fortführung des Fernunterrichts.

dbb regionalmagazin: Am 4. Mai 2020 starteten die Abiturprüfungen. Durch die notwendige Teilung zu großen Prüfungsgruppen wurden zahlenmäßig mehr Kollegen zur Aufsicht benötigt. Schon ohne Corona-Pandemie sind zu wenig Lehrer vorhanden. Das war sicher nicht einfach zu stem-

men und für die Kolleginnen und Kollegen eine große Belastung?

Thomas Gaube: Wie schon erwähnt, standen und stehen die Lehrerinnen und Lehrer vor einer enormen Mehrfachbelastung. Jede Lehrkraft, die aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Schule tätig sein kann, fehlt natürlich. Alle Aufgaben, die Beschulung möglichst vieler Schüler in der Schule, die Absicherung der Abiturprüfungen und die Aufrechterhaltung der Online-Lernangebote, können die Schulen weder räumlich noch personell leisten.

Ganz klar ist, die Abiturprüfungen hatten und haben oberste Priorität und banden einen erheblichen Teil der personellen Kapazitäten. So ist es selbstverständlich gewesen, dass die zwei „Unterrichtswochen“ vor den Pfingstferien für die Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe 1 eher ein wieder „Hineinschnuppern“ und vor allem die Möglichkeit war, mit den Lehrerinnen und Lehrern die Wochen des Online-Unterrichts zu reflektieren und diesen für die weiteren Phasen des Fernunterrichts besser zu strukturieren.

Personell stehen wir derzeit mit dem ohnehin alltäglichen Lehrermangel mit dem Rücken an der Wand. Wir müssen ehrlicherweise sagen, dass das Prüfungsgeschäft, Präsenz- und Fernunterricht, ausstehende Leistungserhebungen, Klassenarbeiten und Klausuren sowie die Förderung aller Schülerinnen und Schüler, die wir in den letzten Wochen der Online-Beschulung nicht erreicht oder verloren haben, nicht vollumfänglich zu stemmen ist.

dbb regionalmagazin: Nach den Pfingstferien sind teilweise alle Jahrgangsstufen wieder in der Schule präsent. Neben dem Präsenzunterricht werden aber fast alle Lehrerinnen und Lehrer

auch noch im Fernunterricht gefordert sein, ohne dass sich bis dahin etwas an der Ausstattung mit digitalen Lernmitteln geändert hat. Welche Erfahrungen haben Sie mit dem „Homelearning“ gemacht? Was spricht dafür? Und was dagegen?

Thomas Gaube: COVID-19 und Homelearning hat einen Großteil der Schulen natürlich völlig unvorbereitet getroffen und auch offenbart, dass andere Länder in puncto Digitalisierung Sachsen-Anhalt weit voraus sind. Wir müssen aber nicht nur kritisch auf diese besondere Phase zurückschauen. Die Notwendigkeit, dass sich alle Lehrkräfte, ob alt oder jung, ob technikaffin oder der Kreidezeit anhaftend, ob multimedial fortgebildet, aufgeschlossen oder reserviert, sich dem Fernunterricht stellen mussten. Dies hat für einen Fortbildungs- und Innovationschub gesorgt, der im gewohnten Schulalltag Monate oder Jahre benötigt hätte. Traditionelle Unterrichts- und Kommunikationsmittel standen plötzlich nicht mehr oder nur eingeschränkt zur Verfügung. Die Lehrkräfte waren gezwungen, sich mit digitalen Lernmethoden, wie Mentoring oder Online-Sprach- und -Videounterricht, auseinanderzusetzen.

Sicher werden diese Erfahrungen unsere Schulen auch nach Corona verändern. Online-Lernangebote werden in viel stärkerem Maße traditionelle Unterrichtsmethoden ergänzen. Aber Corona und die Schulschließungen haben auch gezeigt, wie unerlässlich Unterricht von Lehrkräften sowie soziale Kontakte in der Schule für den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler ist und welchen hohen Stellenwert gut ausgebildete, sozial und pädagogisch verantwortungsvoll handelnde Lehrerinnen und Lehrer haben.

Corona hat die Sicht auf Schule und Unterricht verändert und wird diese weiterhin verän-

dern. Die letzten Wochen haben auch allen Akteuren gezeigt, dass der Weg zur Online-Schule den künftigen Bildungserfolg nicht sicherstellen wird. Erfolgreicher Unterricht ist untrennbar mit sozialer Interaktion von Lehrern und Schülern in der Schule verbunden.

dbb regionalmagazin: Zuletzt standen Politiker unter Bewährungsdruck. Dem haben sie nicht immer standgehalten. So hat die Kultusministerkonferenz (KMK) selbst angesichts des Ernstfalls nur mit Mühe zu einheitlichem Vorgehen gefunden, etwa bei den Abiturprüfungen. Den Wiederbeginn des Unterrichts regelten die Länder nicht im Gleichklang. Solche Eigenwilligkeiten widersprechen der angeblich bereichernden Vielfalt des Föderalismus. Sehen Sie hier Handlungsbedarf an einer grundlegenden Reform der KMK, um länderübergreifenden Problemen im Bildungsbereich zukunftsicherer begegnen zu können? Wenn ja, haben Sie da schon konkrete Vorschläge?

Thomas Gaube: Ich halte den Bildungsföderalismus in Deutschland nach wie vor für ein sehr wichtiges und hohes Gut. Zumal gerade wir im ehemaligen Osten nicht nur die positiven Aspekte eines einheitlichen Bildungssystems erleben und vielfach auch erdulden mussten.

Wir betreiben derzeit einen gigantischen Aufwand zur Normierung oder Vereinheitlichung von Belegungs-, Einbringungs- und Prüfungsbedingungen, um Schülern und Eltern am Ende eine vermeintliche Vergleichbarkeit der Abiture zu verkaufen, die sich realistisch betrachtet auf einen einstelligen Wert der insgesamt 900 Abipunkte bezieht. Die überwiegende Zahl der Leistungsbeurteilungen unterliegt der Individualität der Kurswahlen und natürlich auch der Subjektivität der Anforderungen und Bewertung durch die Lehrkraft.

Ungeachtet meines Plädoyers für Bildungsvielfalt und Pluralismus darf man natürlich auch die Schwächen unseres Systems nicht kleinreden. Schüler und Eltern haben ein Anrecht auf Vergleichbarkeit von Abschlüssen zwischen Ländern, Schulen und auch einzelnen Fachkursen. Ob einheitliche, zentrale Lehrpläne und bundeseinheitliche Prüfungsaufgaben aber der Königsweg sind und ein höherer Bildungserfolg erzielt wird, darüber darf zumindest weiter gestritten werden.

Ähnlich sieht es bei der schrittweisen Rückkehr zu einem gewohnten Schulalltag aus. Ob dies unbedingt bundeseinheitlich geregelt sein muss, auch darüber lässt es sich streiten. Hier stellt sich die Frage, ob es länderspezifische und regionale Unterschiede im Infektionsgeschehen, aktuelle Erkrankungs- oder Infektionszahlen gibt. Dementsprechend sollte reagiert werden. Natürlich wünscht sich die breite Öffentlichkeit keinen Flickenteppich oder sich widersprechende Regelungen: Ein weitgehend einheitliches Vorgehen aller Länder oder Kommunen mit regional angepassten Strategien und Konzepten sollte möglich sein.

Das föderale Bildungssystem offenbart auch Probleme und Schwächen, wie jedes System. Schauen wir uns nur mal die Umsetzung des Digitalpaktes an. Länderübergreifende Übereinkünfte und Verbindlichkeiten zu erzielen oder auch dem Bund im Bildungsbereich die eine oder andere Kompetenz zu übertragen, erfordert nicht zwingend einen Systemwechsel vom Pluralismus zum Zentralismus.

dbb regionalmagazin: Es gibt auch strikte Regelungen, damit sich die Schüler so wenig wie möglich innerhalb der Schulgebäude begegnen. Wie will die Landesregierung Neuinfektionen verhindern und welche

Maßnahmen sollen greifen, wenn es doch zu Ansteckungen kommt?

Thomas Gaube: Unbestritten ist der Wunsch der Eltern, dass Schüler und Lehrer möglichst schnell wieder zu einem normalen Alltag zurückkehren, Schüler und Lehrer sich wieder in der Schule begegnen, sozial interagieren und gemeinsam arbeiten oder lernen. Dies wird in nächster Zukunft sicher nicht in bekannten Klassenstärken möglich sein.

Die letzten Wochen haben gezeigt, dass das strikte Einhalten der Abstandsregeln, schärfere hygienische Standards, konsequentes Tragen eines Nasen-

Mund-Schutzes in den Bereichen, in denen der Mindestabstand nicht eingehalten werden kann, das Infektionsrisiko drastisch minimiert. Ich erwarte von der Politik, dass die Schulen bei der Durchsetzung dieser Maßnahmen effektiver und konsequenter unterstützt werden. Ständig wechselnde Formulare zur Erfassung von Infektionsrisiken oder Gesundheitszuständen, pseudoverbindliche oder unterschiedliche Vorgaben zur Risikoeinschätzung von Lehrkräften oder ein Kneifen vor verbindlichen Aussagen zur Maskenpflicht in allen Bereichen der Schulen erschweren die ohnehin schwierige Arbeit an den Schulen.

Jeder am Schulleben Teilnehmende hat ein Recht und einen Anspruch, durch geeignete Maßnahmen vor einer Ansteckung durch Dritte geschützt zu werden. Wer nicht bereit ist, seinen Mitmenschen diesen Schutz zu gewähren, hat auch kein Anrecht, seine Schulpflicht im Schulgebäude wahrzunehmen.

Wie mit einer Schule zu verfahren ist, in der es zu Neuinfektionen kommt, richtet sich in erster Linie danach, inwieweit die Infektionskette nachverfolgt werden kann, um gegebenenfalls Personengruppen und nicht eine ganze Schule unter Quarantäne zu setzen. Bei der steigenden Zahl von

Schülern in den Schulen kann ich mir eine Eingrenzung von Infektionsmöglichkeiten auf eine geringe Schülerzahl eher nicht vorstellen und habe die Sorge, dass es wieder zu zeitweiligen Schulschließungen kommen könnte. Doch weitaus mehr beunruhigt mich das Freizeitverhalten meist älterer Schülerinnen und Schüler. Die strikten Abstands- und Hygieneregeln scheinen außerhalb des Schultores schnell in Vergessenheit zu geraten. Im Infektionsfall wird man dann sehr schnell mit dem Finger auf die betroffenen Schulen zeigen und dortige Verantwortlichkeiten suchen.

25. GdS-Mitgliederkonferenz

Gelebte Wertschätzung ist uns wichtig

Bereits zum 25. Mal kamen im März 2020 Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) Sachsen-Anhalt aus den verschiedenen Fachbereichen der Sozialversicherung zu einer Mitgliederkonferenz im ehemaligen AOK-Bildungszentrum in Halberstadt zusammen.

Startposition in den letzten drei Jahrzehnten als einzige Fachgewerkschaft in der Sozialversicherung hervorragend entwickelt“, sagte Wagner.

Insgesamt 160 Teilnehmer folgten der Einladung des Landesvorsitzenden Maik Wagner zur Jubiläumskonferenz, darunter auch zahlreiche gewerkschaftliche Mitstreiterinnen und Mitstreiter „der ersten Stunde“, um Erfahrungen auszutauschen und aktuelle Informationen aus erster Hand zu erhalten. Als Gäste konnte Wagner, der auch Bundesvorsitzender der GdS und stellvertretender Bundesvorsitzender des dbb ist, die Vorstände der AOK Sachsen-Anhalt und der IKK gesund plus, Ralf Dralle und Uwe Schröder, sowie Henrike und Thomas Kaesler von der GdS-Geschäftsstelle Ost begrüßen.

Wagner ließ in seiner Rede die wichtigsten Ereignisse aus 29 ereignisreichen Jahren der GdS

Sachsen-Anhalt Revue passieren – vom Zeitpunkt der Gründung des Landesverbandes am

8. März 1991 in Magdeburg bis in die Gegenwart. „Die GdS hat sich aus einer schwierigen

In den einzelnen Fachbereichen der Sozialversicherung gebe es aber weiterhin erheblichen Handlungs- und Korrektur-



> Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 25. Mitgliederkonferenz der GdS: Die GdS hat sich hervorragend entwickelt.

turbedarf, konstatierte Wagner. So sei der Elan des äußerst umtriebigen und agilen Bundesgesundheitsministers Jens Spahn zwar bewundernswert. Sein starker Hang zur Zentralisierung im Gesundheitssektor mit einem klaren „Zuviel an zentraler Kontrolle“ sei aber besorgniserregend. „Die Kas-

sen sollten auch in Zukunft selbst entscheiden können, wie sie sich zu organisieren haben“, betonte Wagner.

Am Ende des ersten Konferenztages ehrte Wagner mit bewegenden Worten die Kolleginnen Karina Beer (AOK in Stendal) sowie Martina Fischer

(AOK in Rosslau) für ihre langjährige Treue zur GdS. Am zweiten Konferenztag informierten Henrike und Thomas Kaesler die Teilnehmer über aktuell wichtige tarif- und dienstrechtliche Entwicklungen in den einzelnen Bereichen der Sozialversicherung. Dabei wurde wieder einmal deutlich,

an wie vielen Stellen die GdS maßgeblichen Einfluss auf das tarif-, arbeits- und personalvertretungsrechtliche Geschehen nimmt. Die diesjährige GdS-Mitgliederkonferenz hat wieder einmal gezeigt, worauf es in der Gewerkschaftsarbeit ankommt: auf gelebte Wertschätzung! ■

dbb landesfrauenvertretung zur Corona-Pandemie

Vertretung von Frauen im öffentlichen Dienst notwendiger denn je

„Nachdem wir uns in den vergangenen Wochen im Rahmen des Corona-Shutdowns alle mit Einschränkungen und massiven Veränderungen unseres Arbeitsalltags auseinandersetzen mussten, können wir aktuell ein erstes Fazit ziehen: Corona darf nicht zu einem Rückschritt bei der beruflichen Entwicklung von Frauen führen“, sagte Michaela Neersen, Vorsitzende der dbb landesfrauenvertretung sachsen-anhalt.

Tatsächlich habe die Schließung von Kindertagesstätten und Schulen dazu geführt, dass viele Kolleginnen seit Wochen für die Betreuung und Beschulung ihrer Kinder zuständig sind. Freistellungsregelungen und mobiles Arbeiten seien in dieser Situation zwar hilfreich, dies dürfe jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich betroffene Frauen in einer äußerst belastenden Situation befinden.

Zum einen sei deutlich geworden, dass die Schulen sowie die Schülerinnen und Schüler technisch nicht für diese Art der Beschulung über einen längeren Zeitraum gerüstet sind. Wie selbstverständlich werde davon ausgegangen, dass Eltern ihre Kinder dabei unterstützen. Zum anderen verfügten Frauen oft nicht über die notwendige technische Ausstattung für Tele- oder Wohnraumarbeit. Dies führe dazu, dass diese Frauen trotz Kontaktverbot immer wieder in ihre Behörden fahren müssen, um dort ihre Dienstgeschäfte zu erledigen.

Die dbb landesfrauenvertretung kritisiert die unterschiedliche Verfahrensweise der Behörden bei der Ausstellung von Betreuungsscheinen für die Notbetreuung von Kindern in Kitas. Es gebe Behörden, die die Ausstellung von Betreuungsscheinen grundsätzlich ablehnen, obwohl die Bediensteten in einem systemrelevanten

Beruf arbeiten. In anderen Behörden seien die Betreuungsscheine ohne Weiteres für Väter, nicht aber für Mütter ausgestellt worden. Das Denkmuster Mütter betreuen zu Hause die Kinder, Väter gehen arbeiten, sei auch in der Corona-Krise noch in den Köpfen so mancher Dienststellenleitung.



> Michaela Neersen

„Für die Berufsgruppen, deren Tätigkeit in Altenpflegeheimen und Krankenhäusern in den vergangenen Wochen öffentlich beklatscht wurde, muss klar sein: Wertschätzung darf sich nicht allein in Respektsbekundungen erschöpfen, sondern muss sich in der Personalausstattung und nicht zuletzt im Portemonnaie der betroffenen Ärztinnen und Ärzte, Krankenschwestern, Altenpflegerinnen und -pfleger niederschlagen“, betonte Neersen.

Dass die Besetzung von Gremien paritätisch erfolgen muss, damit die Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern gleichermaßen erfasst wird, sei in den vergangenen Wochen ebenfalls deutlich geworden. ■

tbb-Forderung: Ausbildungszahlen im öffentlichen Dienst in Thüringen erhöhen

Ausbildungsinitiative 2021

Mit einem Schreiben an den Thüringer Ministerpräsidenten sowie die Fraktionsvorsitzenden hat der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e. V. die massive Erhöhung der Ausbildungskapazitäten ab dem Ausbildungsjahr 2021 gefordert, um den künftigen Fachkräftebedarf des öffentlichen Dienstes in Thüringen abzudecken und Fachkräfte für das Land Thüringen und damit für seine wirtschaftliche Entwicklung zu binden.

Ohne Not und ohne Weitsicht hat Thüringen in den letzten Jahrzehnten ganze Ausbildungswege komplett abgeschafft und heute suchen wir händeringend nach Fachpersonal. So werden unter anderem Fachangestellte und Kauffrau/-mann für Bürokommunikation, Fachangestellte für Medien, Hauswirtschaftler seit vielen Jahren nicht mehr ausgebildet.

Galt bisher die Maßgabe nur im Rahmen eigener Notwendigkeiten auszubilden, sollten mittlerweile die vorhandenen Möglichkeiten/Kapazitäten konsequent ausgeschöpft werden. Damit nicht die Schwächsten ihre Zukunftschancen verlieren und sich Thüringen die künftigen Fachkräfte schon

heute sichern kann, sollten wir alle Kraft in die eigene Ausbildung stecken.

Wege wie das dual geförderte Studium, Erhöhung der Ausbildungszahlen in Bereichen wie Polizei, Justiz und Finanzverwaltung, Weiterbildung zum geprüften Berufsspezialisten für ökologischen Landbau sind nur ein Schritt in die richtige Richtung. Aber gerade jetzt zeigt sich, wir benötigen mehr Laboranten, die wir auch selbst ausbilden können.

Generell sollte auch ein Schwerpunkt darauf liegen, die Ausbildung in Berufen wieder zu etablieren, in denen früher



tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen

bereits erfolgreich ausgebildet worden ist. Das Potenzial der vorhandenen Ausbilder ist nicht zu unterschätzen und sollte mit Ausbildungsbeginn reaktiviert werden, andernfalls gilt es, hier Personal um- und nachzuschulen und Vorbereitungen für die kommenden Auszubildenden zu treffen.

Der tbb setzt sich dafür ein, allen Schulabsolventen eine gute und adäquate Ausbildung im

Freistaat Thüringen anbieten zu können, sollte der Freistaat Thüringen seine eigenen Ausbildungskapazitäten erhöhen. Dies muss in den Landeshaushalt 2021 einkalkuliert werden. Neue Berufsfelder sollten überprüft werden auf Möglichkeiten, in bereits vorhandene Ausbildungsbereiche aufgenommen und etabliert zu werden. Ebenso setzt sich der tbb dafür ein, neue Ausbildungsformen zu entwickeln. ■

tbb Seniorenvorstand

Konstituierende Sitzung tagt online

Die für den 25. März 2020 geplante konstituierende Sitzung des neu gewählten Vorstandes (der Landesseniorentag am 4. März 2020) der tbb Senioren musste wegen der Corona-Pandemie zunächst entfallen. Anfang Mai hatten wir uns dazu entschlossen, diese Versammlung als Videokonferenz abzuhalten, um nicht noch mehr Zeit zu verlieren.

Inzwischen in vielen Bereichen selbstverständlich geworden, betraten wir durchaus Neuland und beschlossen, zur technischen Vorbereitung eine Übungskonferenz abzuhalten. Entsprechend vorbereitet konnten wir uns am 13. Mai

2020 ab 18 Uhr vollständig auf den Inhalt unserer Besprechung konzentrieren. Wir verwendeten ein kostenloses Videokonferenzsystem, das inzwischen nur noch 30-minütige Sitzungen zuließ. Aber auch diese Hürde wurde von

den Seniorenvertretern gemeistert. Man begann einfach eine neue Konferenz. Die Pause dauerte kaum fünf Minuten.

Der Seniorenvorsitzende Burkhard Zamboni besprach mit seinen Stellvertretern Regina

Biertümpfel, Frank Herzig, Peter Heide und Detlef Wagner die Aufgabenverteilung im neuen Seniorenvorstand und die Schwerpunkte der Arbeit der Senioren in den nächsten Jahren. Der wohl wichtigste Punkt dabei war die Tatsache, dass in Thüringen eine Altersgrenze festgelegt ist, ab der man auch in der Gewerkschaft zu den Senioren gehört. Da diese bei 60 Jahren liegt und der Eintritt in den Ruhestand bald erst mit 67 Jahren möglich sein wird, entfernt sich die

Arbeit einer Seniorenvertretung natürlicherweise deutlich von einer Art Rentnerbetreuung. Es gilt, sich an allen Stellen dafür einzusetzen, dass die Interessen der älteren Arbeitnehmer gewahrt bleiben und dass älteren Mitarbeitern Erleichterungen ermöglicht werden.

Die Konferenz endete mit der Festlegung des Termins der nächsten Zusammenkunft, wo wir trotz erfolgreicher Nutzung der modernen Technik hoffen, uns wieder persönlich gegenüberstehen zu können.

*Detlef Wagner,
stellvertretender
tbb Seniorenvorsitzender*



© tbb-Seniorenvertretung

> Der tbb Seniorenvorstand bei der ersten Videokonferenz. Mit dabei waren: Peter Heide (komba), Detlef Wagner (tlv), Burkhard Zamboni (komba), Frank Herzig (BTB) und Regina Biertümpfel (DSTG).

BDZ – Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft, Bezirksverband Nürnberg

Personalratswahlen im Bundesministerium für Finanzen

Wie alle vier Jahre fanden 2020 im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen zum Termin 2. April 2020 die Personalratswahlen statt.

Der BDZ Deutsche Zoll- und Finanzgewerkschaft ist die größte Fachgewerkschaft für die Beschäftigten im Bereich der Bundeszollverwaltung und des Bundesministeriums der Finanzen (BMF). Zum BMF gehören unter anderem die Generalzolldirektion (GDZ) mit den Hauptzollämtern, Zollämtern und Zollfahndungsämtern.

Die gewerkschaftliche Vorbereitung und Organisation der Personalratswahlen begannen auch in unserem Bezirksverband Nürnberg e. V. (Nordbayern, Thüringen, Westsachsen) rechtzeitig. Dies betraf die Aufstellung unserer Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen zur Wahl des Hauptpersonalrates (BMF), des Bezirkspersonalrates (GZD) und des

Örtlichen Personalrates (auf Ebene der Hauptzollämter mit seinen Zollämtern und den Zollfahndungsämtern) sowie die Initiative der Mitglieder in unseren Ortsverbänden bei der Unterstützung der Durchführung der Wahlen.

Die Arbeit in den Wahlvorständen war zeit- und arbeitsintensiv. Arbeit, welche neben den sonstigen täglichen beruflichen Pflichten von den Kolleginnen und Kollegen erledigt werden mussten. Erschwert wurden die Bedingungen durch die Corona-Pandemie. Die besonderen Regelungen der Generalzolldirektion für den Dienstbetrieb in der Zollverwaltung zum Schutz der Gesundheit jedes Einzelnen änderte die Arbeitssituation an

den Dienststellen. Trotz enormer Herausforderungen an alle Wahlvorstände und deren Wahlhelfer(innen) konnte die Wahl durchgeführt und der ordnungsgemäße Ablauf der Wahl sichergestellt werden. An alle Helfer(innen)

einen großen Dank. Die BDZ-Fraktion mit Ihren Beamtenvertreter(inne)n und Tarifvertreter(inne)n hat bei den Personalratswahlen ein sehr gutes Ergebnis erzielt – die absolute Mehrheit. Dafür bedanken wir uns bei den Wählerin-



nen und Wählern. Es zeigt die Anerkennung der Leistungen der vergangenen Jahre, welche auch Ansporn für die Zukunft sein werden. Im Rahmen der konstituierenden Sitzungen der jeweiligen Gremien – wie dem Hauptpersonalrat beim

Bundesministerium der Finanzen (HPR), dem Bezirkspersonalrat bei der GZD Generalzolldirektion (BPR) und bei den meisten örtlichen Dienststellen – wurden unsere BDZ-Kandidat(inn)en in den Vorsitz gewählt.

Die gewählten Vertreter(innen) des BDZ, ob im Beamten- oder Tarifbereich, werden den starken Vertrauensbeweis der Wählerinnen und Wähler in eine weitere erfolgreiche Arbeit zum Wohle aller Beschäftigten der Bundeszoll-

verwaltung und dem Bundesministerium für Finanzen setzen.

Sylvia Noll,
BDZ-Bezirksverband Nürnberg

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) Thüringen

Corona-Krise darf strukturelle Probleme im Justizvollzug nicht überschatten

Ende April 2020 wurde der Vorsitzende des Landesverbandes Thüringen des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) vom Thüringer Minister für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Dirk Adams, zu einem Gespräch eingeladen, welches dann am 4. Mai 2020 – „Corona-bedingt“ per Telefon – stattgefunden hat.

Eingangs bedauerte der Minister, dass er aufgrund der Corona-Krise von seinem ursprünglichen Vorhaben, alle Thüringer Justizvollzugseinrichtungen zu besuchen und sich auch mit den berufsständischen Vertretungen zu treffen, absehen musste.

Gegenstand des Telefonats war dann zunächst die aktuelle Lage im Vollzug im Hinblick auf die Corona-Pandemie. Insgesamt, so die Einschätzung der Gesprächspartner, hätten sich die in den Anstalten durchgeführten organisatorischen Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung des Virus bewährt.

Thüringen hatte im Bundesvergleich bereits zu einem frühen Zeitpunkt entsprechende Maßnahmen ergriffen. Hierzu gehörten insbesondere, dass

- > keine Angehörigenbesuche mehr durchgeführt,
- > Neuzugänge getrennt untergebracht,
- > Aus- und Vorführungen zu Gerichten reduziert,
- > von Ladungen zum Straftat vorübergehend abgesehen und

- > die Vollstreckung von so Ersatzfreiheitsstrafen (ersatzweise Haft für nicht bezahlte Geldstrafen) vorübergehend aufgeschoben wurde.

In dem Gespräch ging es nicht nur um die vollzugsorganisatorischen Umstände im Hinblick auf die Krise, sondern auch die Situation der Beschäftigten. Natürlich sind alle Beschäftigten im Justizvollzug über den Dienst hinaus von der Krise betroffen, sei es beispielsweise in Form von Sorgen um die eigene Gesundheit und die der Angehörigen, Kontaktsperrungen oder Einschränkungen im eigenen Leben.

In diesem Zusammenhang hat der BSBD darauf hingewiesen, dass von vielen Beschäftigten Probleme bei der Betreuung insbesondere jüngerer Kinder geschildert wurden. Die Schwierigkeit bestand im Wesentlichen darin, dass die Schließungen von Schulen und Kitas für viele Eltern zur Folge hatten, dass sie die Kinderbetreuung – sofern überhaupt möglich – nur unter Einsatz von Gleitzeit, Urlaub, Urlaub ohne Dienstbezüge oder Ähnlichem sicherstellen konnten.



> Jörg Bursian, Landesvorsitzender
Bund der Strafvollzugsbediensteten, Landesverband Thüringen
e. V.

Zwar sind Beschäftigte im Justizvollzug als systemrelevant anerkannt worden, für eine Inanspruchnahme der Notbetreuung in Thüringen ist aber Voraussetzung, dass beide Eltern entsprechende Voraussetzungen erfüllen, was oft nicht der Fall gewesen ist.

Auch der BSBD hatte gemeinsam mit dem tbb bereits am 17. März 2020 schnelle Lösungen für die von Schließungen von Kindergärten und Schulen betroffenen Eltern gefordert und auf damals bereits bestehende Regelungen für Beschäftigte des Bundes hingewiesen und vergleichbare Lösungen

auch in Thüringen gefordert. Erst vergleichsweise spät und vor allem vermutlich im Wesentlichen aufgrund des Umstandes, dass im Infektionsschutzgesetz für den Fall, dass wegen behördlich angeordneter Schul- oder Kitaschließung einem Elternteil ein Verdienstaufschlag entsteht, ein Entschädigungsanspruch durch Ergänzung des Abs. 1 a in § 56 Infektionsschutzgesetz geschaffen wurde, kam es auch in Thüringen zu einer entsprechenden Regelung. Schwerpunkte im Gespräch waren ferner insbesondere auch die BSBD-Ziele zur grundsätzlichen Verbesserung der Situation der Beschäftigten im Justizvollzug, weil die Corona-Krise nicht dauerhaft von den strukturellen Problemen im Justizvollzug ablenken darf. Aus dem vor circa einem Jahr vom damaligen Justizminister Lauinger veröffentlichten Personalkonzept geht eindeutig hervor, dass der Freistaat Thüringen bisher seiner – sich selbst auferlegten – gesetzlichen Verpflichtung, die Justizvollzugseinrichtungen mit dem erforderlichen Personal auszustatten, nicht nachkommt. In § 108 des Thüringer Justizvollzugsgesetzbuch

(ThürJVollzGB) steht wörtlich: „Die Anstalt wird mit dem für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Personal ausgestattet.“

Zudem ist zu befürchten, dass sich die Personalsituation weiter verschlechtert, wenn nicht unverzüglich gegengesteuert wird. Justizminister Adams brachte im Gespräch seine Wertschätzung für die Tätigkeit der Justizvollzugsbeamten zum Ausdruck und räumte ausdrücklich auch ein, dass diese berufliche Tätigkeit in der Öffentlichkeit im Vergleich zu anderen systemrelevanten Berufen (beispielsweise Pflege, Polizei, Feuerwehr und so weiter) zu wenig Beachtung und Wertschätzung findet (Anmerkung des Autors: Leider ist dies auch auf politischer Ebene nach unserer Wahrnehmung, von bloßen Lippenbekenntnissen abgesehen, immer noch



der Fall). Justizvollzugsbeamte arbeiten rund um die Uhr mit bekanntermaßen schwierigen Menschen und leisten einen immensen Beitrag zur inneren Sicherheit. Im Hinblick auf die aktuelle Lage, macht der BSBD in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass es wegen der Beschränkungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise beispielsweise in Itali-

en und Spanien in den Gefängnissen zu erheblichen Unruhen bis hin zu Revolten, die auch mit Todesopfern verbunden waren, gekommen ist, und der Umstand, dass dies in Deutschland nicht passiert ist, im Wesentlichen und eben gerade auch Verdienst der guten Arbeit der Beschäftigten im deutschen Strafvollzug ist, was über Lippenbekenntnisse hinaus

mehr Anerkennung verdient. Abschließend hat der Minister versprochen, mit dem BSBD im Gespräch zu bleiben und die Gespräche, wenn es die Lage wieder erlaubt, in einem anderen Rahmen fortzusetzen.

Jörg Bursian,
Landesvorsitzender Bund der
Strafvollzugsbediensteten,
Landesverband Thüringen e. V.

vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales in Sachsen-Anhalt/Thüringen

Erfolge bei PR-Wahlen auf HPR- und HJAV-Ebene

Bei den Personalratswahlen 2020 im Rechtskreis des SGB III hat die Gewerkschaft Arbeit und Soziales (vbba) deutliche Erfolge erzielt und im Hauptpersonalrat zwei Sitze hinzugewonnen. So konnte sie im Beamtenbereich deutliche Mehrheiten ausbauen und im Arbeitnehmerbereich zulegen.

72,7 Prozent entfielen von den abgegebenen Stimmen auf die vbba. Sechs Listen gingen für die HPR-Wahl an den Start, jede dritte Stimme entfiel auf die Gewerkschaft Arbeit und Soziales.

Mehrere Faktoren sind für das Ergebnis ausschlaggebend: bisherige, engagierte und sachlich-fundierte Arbeit im Hauptpersonalrat (HPR), konstruktiv-kritische und nachhaltige Unterstützung durch die vbba, zukunftsorientierte und

fachlich-kompetente Kandidatinnen und Kandidaten. Die vbba dankt ihren Wählerinnen und Wählern für das große Vertrauen und sieht sich in der Verpflichtung, sich für die Interessen aller Kolleginnen und Kollegen in der BA einzusetzen.

Elf Kolleginnen und Kollegen werden als vbba-Fraktion im HPR in Zukunft die

Belange der vbba und deren Anliegen vertreten: Gabriele Sauer, Christian Löschner, Sören Deglow, Sarah Saskia Hinz, Heidrun Osang, Jürgen Blischke, Steffen Grabe, Karin Schneider, Susanne Oppermann, Annette von Brauchitsch-Lavault und Agnes Ranke.

Bei der Wahl zur Hauptjugend- und Auszubilden-

denvertretung (HJAV) hat die vbba Fachgewerkschaft ebenfalls ein großartiges Ergebnis erzielt. Sie konnte einen weiteren Platz in der HJAV erringen und verfügt nun über fünf Sitze. Die vbba wird ihren Nachwuchskräften für ihre speziellen Themen gegenüber der praxisfernen Zentrale weiterhin eine starke Stimme verleihen.

Folgende Kolleginnen und Kollegen machen sich in den kommenden zwei Jahren in der HJAV für die vbba Nachwuchskräfte stark: Chris Heldt, Melissa Luck, Jan Kirchherr, Theresa Hensel, Anna Marija Rezo. Den Gewählten herzlichen Glückwunsch und viel Erfolg bei der Umsetzung ihrer Ziele.



